



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Zivil- und Katastrophenschutz konsequent stärken“ (Drucksache 20/3303(neu), 2. Fassung)

Erfolgreichen Weg für bedarfsgerechten Zivil- und Katastrophenschutz fortführen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bevölkerungsschutz lebt von seinen Helferinnen und Helfern, die sich bei den Feuerwehren, Hilfsorganisationen, dem THW und der Bundeswehr ehrenamtlich und im Hauptamt zum Wohle aller einsetzen. Der Landtag dankt ihnen für dieses unermüdliche Engagement.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Sicherheitslage sich gravierend verändert hat. Die Klimakrise, Kriege, hybride Bedrohungen, Katastrophen und weitere Krisen stellen uns vor Herausforderungen, für die wir gewappnet sein müssen, um die Bevölkerung unseres Landes zu schützen.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag die konsequente Umsetzung des 10-Punkte-Plans Bevölkerungsschutz, die bereits mehrfach erfolgte Erweiterung der Maßnahmen sowie die Schaffung der Task Force Zivile Verteidigung.

Der Landtag stellt außerdem heraus, dass das Land Schleswig-Holstein beim Thema Bevölkerungsschutz durch die geleisteten Maßnahmen einen im Bundesvergleich sehr hohen Standard aufweist. Das Sirenenprogramm Schleswig-Holsteins setzt bundesweit Maßstäbe.

Effektiver Bevölkerungsschutz erfordert Information und Aufklärung der Bevölkerung für jede Lage, auch im Hinblick auf die persönliche Notfallvorsorge. Hierzu hat die Landesregierung bereits die landeseigene Internetseite umfassend überarbeitet.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung durch die Task Force Zivile Verteidigung, eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln, die sich am künftigen bundeseinheitlichen Konzept ausrichtet. Aufgrund der Reichweite spielen hierbei die sozialen Medien eine besondere Rolle.

Der Landtag begrüßt die geplante Kooperation bei der Errichtung des gemeinsamen Lagezentrums für Krisenmanagement in Schleswig-Holstein mit dem THW, dem Landesfeuerwehrverband, der Polizei und den Kommunalen Landesverbänden. Er bittet die Landesregierung zudem, sich weiterhin beim Bund für die Beschleunigung der Errichtung des gemeinsamen Lagezentrums für Krisenmanagement in Schleswig-Holstein einzusetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, den eingeschlagenen Weg zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes kontinuierlich fortzuführen.

Begründung:

Es wurden unter anderem bisher folgende Maßnahmen bereits umgesetzt:

- Der Landtag hat fraktionsübergreifend im Jahr 2022 durch die Änderung des LKatSG im Rahmen des Helfersgesetzes einen wichtigen Schritt für die soziale Sicherung von Helferinnen und Helfern unterhalb der Katastrophenschwelle und damit für die Helfergleichstellung auf den Weg gebracht.
- Das landeseigene Sirenen-Förderprogramm - dieses ist mit insgesamt 23,2 Millionen Euro Fördervolumen bis 2030 auf Rekordniveau. Damit konnten bisher 635 Sirenenanlagen in den Kreisen und kreisfreien Städten gefördert werden.
- Ein Programm, durch das in den Städten und Gemeinden landesweit die Einrichtung von 643 zusätzlichen Notfallinformationspunkten gefördert wurde. Notfallinformationspunkte dienen im Fall von Katastrophen als Anlaufstelle für ihre Bürgerinnen und Bürger. Diese können sich dort informieren und Hilfe anfordern, auch wenn übliche Nachrichtenkanäle nicht mehr genutzt werden können.
- Cell-Broadcast zum Versenden von Warnnachrichten direkt auf Mobiltelefone wurde inzwischen bundesweit eingeführt. Die Verwendung in Schleswig-Holstein hat sich bei der Sturmflut 2023 bewährt.
- Die Internetseite schleswig-holstein.de - Bevölkerungsschutz wurde umfassend überarbeitet und verfügt nun über ein Portal zur Risikokommunikation, über das die Bürgerinnen und Bürger sich direkt über mögliche Risiken und hilfreiche Selbstschutzmaßnahmen informieren können.
- Die Ausstattung des Katastrophenschutzes wird fortlaufend modernisiert, z.B. durch Beschaffung von 15 Kommandowagen Katastrophenschutz, 15 Gerätewagen Logistik und 15 Tanklöschfahrzeugen.
- Weiterhin wurden Netzersatzanlagen (Notstromaggregate) und Ausstattung für Hochwassereinsätze, wie z.B. Hochleistungspumpen, Sandsackfüllmaschinen, Amphibienfahrzeuge und mobile Hochwasserschutzwände angeschafft. Weiterhin hat das Land 17,6 Millionen Euro für 52 neue Löschfahrzeuge für den Katastrophenschutz bereitgestellt. Diese unterstützen die Wehren im Land in ihrem alltäglichen Dienst.

- Das Landeslager für den Katastrophenschutz ist in Betrieb und wird weiter aufgebaut. Neues Material für unterschiedliche Lagen wird beschafft, z.B. Ausstattung zum Hochwasserschutz und für die Betreuung von Menschen in Notlagen, wie Zelte, Schlafsäcke und Feldbetten.
- Im Bereich Wasserrettung im Katastrophenschutz wurden Zuwendungen an die unteren Katastrophenschutzbehörden beschieden, die unteren Katastrophenschutzbehörden befinden sich derzeit in der Beschaffung von Booten und Fahrzeugen.
- Der Katastrophenschutzplan wurde digitalisiert und Fachkonzepte, z.B. das „Katastrophenschutzsystem für die Ostseeküste“, grundlegend aktualisiert.
- Der Schutz der Bevölkerung im Krisenfall erfordert darüber hinaus auch Maßnahmen zur baulichen Ertüchtigung bestehender Infrastrukturen. Das Land Schleswig-Holstein beteiligt sich unter Federführung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zusammen mit den anderen Ländern, der Bundeswehr und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an der Entwicklung eines modernen Schutzraumkonzepts.
- Mit der Einrichtung der Task Force Zivile Verteidigung durch die Landesregierung ist Schleswig-Holstein bundesweit Vorreiter. Hier sollen in Zusammenarbeit des Innenministeriums mit dem Landeskommmando, dem Landesfeuerwehrverband, den Hilfsorganisationen unter Führung des DRK, dem Technischen Hilfswerk, der IHK, der Handwerkskammer, und den Kommunalen Landesverbänden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, des Zivilschutzes, der notwendigen Versorgung der Bevölkerung und zur Unterstützung der Streitkräfte auf den Weg gebracht werden. In der gemeinsamen Betrachtung mit dem Thema Katastrophenschutz stellt dies einen weiteren wichtigen Baustein dar, um die gesamtgesellschaftliche Resilienz gegen Krisen spürbar zu erhöhen.

Wiebke Zweig
und Fraktion

Silke Backsen
und Fraktion